

Debatten-Donnerstag der GSSG vom 13. November 2025:

Das Prostituiertenschutzgesetz aus Sicht der Sexarbeit

Zusammenfassung der Zoom-KI (editiert vom Team)



Beim achten Debatten-Donnerstag „Daten statt Dogmen“ der GSSG am 13. November 2025 stellte Johanna Weber, politische Sprecherin des Berufsverbandes erotische und sexuelle Dienstleistungen (BesD), die Position ihres Verbands zum so genannten Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) dar.

Johanna Weber betonte zunächst, dass der Verband die laufende Evaluierung unterstützt, obwohl er die Anmeldepflicht als stigmatisierend kritisiert und deren negative Folgen hervorhebt – insbesondere das Abdrängen vieler Sexarbeitender in die Illegalität. Anstelle der Forderung nach einer vollständigen Abschaffung des Gesetzes setze der Verband auf Realpolitik und versuche, das bestehende Gesetz im Sinne der Sexarbeitenden praktikabler zu gestalten. Sie erläuterte zentrale Ergebnisse des umfangreichen Gutachtens, dessen Empfehlungen der Verband überwiegend mitträgt. Die wissenschaftliche Evaluation des ProstSchG hält der Verband für sehr belastbar. Die hohe methodische Qualität mit über 2.300 befragten Sexarbeitenden und mehr als 3.000 Kund:innen verdiene Anerkennung.

Ein besonders relevanter Befund der Evaluation betrifft aus Sicht von Johanna Weber die Frage der „Freiwilligkeit“: Während 93 Prozent der befragten Sexarbeiter:innen angaben, ihre Kundschaft selbst wählen zu können, schätzten Behördenvertreter:innen deren Selbstbestimmung auf nur rund 60 Prozent. Auf die Frage, ob Dienstleistungen auch bei wirtschaftlicher Not im Konsens verhandelt werden können, antwortete Johanna Weber mit „eindeutig ja“. Allerdings bleibe als zentrales Problem das gesellschaftliche Stigma, das nahezu alle Schwierigkeiten in der Sexarbeit verstärke und vielen Betroffenen erst die eigentliche Notlage bereite.

Johanna Weber berichtete, dass der BesD aktuell an Empfehlungen arbeitet, um bestehende Regulierungsprobleme bis zum Jahresende zu adressieren. Sie unterstrich, dass ihre politische Aufgabe darin bestehe, Lösungen zu finden, die die Lebensrealitäten verschiedener Gruppen – einschließlich migrantischer Sexarbeitender – berücksichtigen, und warb für bessere Community-Strukturen in mehreren Sprachen.

Ein weiterer Schwerpunkt betraf politische Veränderungen im Bundesgesundheitsministerium. Dort zeichnete sich nach aktuellen Äußerungen der Ministerin ein Kurs ab, der die Kriminalisierung der Sexarbeit nach dem so genannten nordischen Modells fordert. Die Frage nach Kooperationen mit den Gegner:innen von Sexarbeit beantwortete Johanna Weber negativ: Wer die Abschaffung der Prostitution fordere, könne keine konstruktive Zusammenarbeit anbieten. Zudem seien die politischen Fronten verhärtet. Nötig sei daher eine Versachlichung der Debatte und eine Orientierung an tatsächlichen Bedarfen statt an ideologischen Leitlinien. Der Verband konzentriere sich eher auf politische Akteur:innen, die bereit seien zuzuhören und Verbesserungen zu unterstützen.

In der weiteren Diskussion ging es um Stigmatisierung, Arbeitsplatzsicherheit und die Abgrenzung zwischen legaler und illegaler Tätigkeit. Hier widersprach Johanna Weber dem Vorschlag der Evaluation, Sexualassistenten als Sonderform der Prostitution anderen Regeln zu unterwerfen, zumal eine Grenzziehung fragwürdig würde.

Nicole Schulze, Vorstandsvorsitzende des BesD, hob die zentrale Bedeutung von Empowerment und Entstigmatisierung hervor. Beratungsstellen sollten Sexarbeitende einbeziehen, und Behörden-Mitarbeitende bräuchten eine fundiertere Ausbildung, um realitätsnahe Entscheidungen zu treffen.

Mit Blick auf die geplante Expert:innenkommission zur Evaluation äußerte Johanna Weber Zweifel, ob deren Empfehlungen politische Wirkung entfalten – ein Rückblick auf frühere Kommissionen, etwa zum Abtreibungsrecht, nähre diese Sorge.

Die kostenlos angebotene Online-Veranstaltungsreihe der GSSG – Gemeinnützige Stiftung Sexualität und Gesundheit mit dem Titel "Daten statt Dogmen" entstand aus einem Initiativkreis, dem Norbert Holtz, Theo Koppers, Harriet Langanke und Almuth Wessel angehören. www.stiftung-gssg.org/daten-statt-dogmen/